

Saale-Beitung.

werden die Einzelne Kolonelle oder deren Mann mit 30 Bg., solche aus Halle mit 20 Bg. bezahlt und in untern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Retamen die Seite 75 Bg. für Halle, auswärts 1 Mt.

Ercheint täglich zweimal. Sonntag und Montag einmal.

Redaktion und Camp-Geßäftsstelle: Halle, Br. Bauhausstraße 17; Redaktionsstelle: Markt 24.

Bezugpreis für Halle vierteljährlich bei postmaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Aufschlaggebühren. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im entschiedenen Reichsgebiet unter „Saale-Beitung“ eingetragen. Der unterzeichnete Eigentümer übernimmt die Verantwortung für den Inhalt der Beiträge. Druck und Vertrieb durch die Verlagsanstalt „Saale-Beitung“ in Halle. Geschäftsverwalter: Herr 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Nr. 40.

Halle a. S., Dienstag, den 24. Januar.

1911.

Die Fernsprechgebühren.

In diesem Dienstag steht im Reichstage die zweite Lesung der Fernsprechgebührenvorlage auf der Tagesordnung.

Vorausichtlich wird es nicht zur Verhandlung kommen, da die Absticht besteht, den Gesetzentwurf zur nochmaligen Beratung an die Kommission zurückzuweisen. In einzelnen Blättern ist die Vermutung ausgesprochen, daß die Zurückweisung das Begründen der Vorlage bedeute; ob diese Annahme zutrifft, läßt sich noch nicht mit Sicherheit bestimmen. Jedenfalls steht fest, daß die schwarz-blaue Mehrheit einigermassen in Sorge ist, es könnte durch die geplante Verteuerung des Fernsprechverkehrs weitere Erregung und Erörterung im Lande hervorgerufen werden. Und diese Sorge ist gewiß nicht unbegründet. Sollte es von der Kommission jedoch gelingen, eine Form zu finden, die eine Entlastung des preussischen Landes und eine entsprechende Belastung der Städte und Industriestädte ermöglicht, dann wird die Vorlage gleichwohl Gesetz werden.

Bekanntlich hat die Kommission einem Antrag nach entsprechend, das Abonnement (Kaufgebühren) aufrecht erhalten; allein die Sätze sind dezent hoch bemessen, daß es keinem wirtschaftlich handelnden Menschen einfallen kann, ein Abonnement zu nehmen.

Zunächst fehlt eine unterste Stufe bis 1000 Verbindungen jährlich. Wie notwendig aber eine solche Stufe ist, geht daraus hervor, daß in den kleinsten Kreisen bis 50 Teilnehmer nach der Begründung der Regierungsvorlage 808 Ortsgespräche im Durchschnitt auf den Abonnenten entfallen. Er hat also gar kein Interesse an einem Abonnement auf 2000 Gespräche. Wie Stichproben ergeben haben, sind die allermeisten Teilnehmer abnominiert; wie sei also fast jetzt 80 Mark in Zukunft 125 Mark zahlen sollten, würden sie wirklich gewonnen sein, das Abonnement aufzugeben. Würde dagegen eine erste Kaufgebühren von 30 Mark für ein Abonnement auf 1000 Verbindungen eingeführt, so bliebe bei geringer Gesprächszahl bis 1000 Verbindungen der Satz von 80 Mark bestehen und erst bei härterer Anwartsnahme des Fernsprechnetzes träte eine Erhöhung des Abonnements ein. Zu bedenken ist überdies, daß selbst die härter (als 1000) sprechenden Teilnehmer kein Interesse mehr an einem Abonnement haben könnten. 2000 Verbindungen kosten im Abonnement 125 Mt., ohne Abonnement 130 Mt. Wegen dieser geringen Gewinnchance von 5 Mt. bei voller Ausnutzung des Abonnements wird es niemandem einfallen zu abonnieren, namentlich dann nicht, wenn der Abnominiert mit der Gefahr rechnen muß, daß er 65 Mark mehr

bezahlen muß, sobald er das 2001. Gespräch führt. Es zeigt sich also, daß in den kleinsten Kreisen bis 50 Teilnehmer das Abonnement auch nach Annahme des Antrages Nutzen vollkommen fallen wird. Dabei liegt es fets, daß gerade die Interessen der kleinen Kreise wahrgenommen werden sollen.

Ebenso muß auch in der nächsten Stufe (51 bis 100 Teilnehmer) das Abonnement fortfallen, da es von jetzt 100 Mark auf 125 Mt. erhöht wird. Für 100 Mark kann ein Teilnehmer 1250 Gespräche führen, für 101,20 Mt. 1280 Gespräche. Das ist nach der Regierungsvorlage die Durchschnittszahl für Abonnenten. Erst von 1875 Gesprächen an, also weit über den Durchschnitt, würde es sich lohnen, zu abonnieren. Aber auch hier beträgt der Gewinn nur 5 Mt. bei voller Ausnutzung, d. h. es würden 125 Gespräche frei sein.

In den Kreisen von 101 bis 200 Anschließern beträgt das Abonnement zurzeit 120 Mark. Es tritt also eine Erhöhung um 5 Mark ein. Nun beträgt nach der Regierungsvorlage die durchschnittliche Gesprächszahl 1912. Ohne Abonnement können für 125 Mark 1875 Gespräche geführt werden. Wegen der geringen Differenz von 37 Gesprächen auf der einen, 88 auf der anderen Seite wird es ebenfalls niemandem einfallen, ein Abonnement zu nehmen. Auch diese Gruppe scheidet daher aus.

In den Kreisen von 201 bis 500 Anschließern kostet jetzt das Abonnement 140 Mark. Es wird also für Personen mit geringem Sprechverkeh auf 125 Mark ermäßigt. Da aber diese Ermäßigung auch ohne Abonnement eintritt und der Gewinnchance von 5 Mark auf der einen eine Verlustchance von 65 Mark auf der anderen Seite gegenübersteht, so kann das niemandem veranlassen, ein Abonnement zu nehmen. Viele solcher Personen gibt es aber nicht. Denn in diesen Kreisen beträgt laut Regierungsvorlage der Gesprächsdurchschnitt bereits 3303. Das bedeutet also, daß die meisten Abonnenten nicht 125 Mark, sondern 190 Mark und mehr zahlen müssen, also ein Mehr von 50 Mark gegenüber dem jetzigen Zustande. 3303 Gespräche kosten einzeln 182,12 Mark, für 90 Mark kann man einzeln 3500 Gespräche führen, also nur 500 Gespräche ist die Spannung beim Abonnement, so daß man im günstigsten Falle bei voller Ausnutzung des Abonnements einen Gewinn von 20 Mark erzielt.

In den Kreisen von 500 bis 1000 Anschließern kostet das Abonnement jetzt 150 Mark. Es würde also für die Abonnenten mit geringerem Sprechverkeh auf 125 Mark mit der Gewinnchance von 5 Mark ermäßigt. Der Gesprächsdurchschnitt beträgt aber bereits 3682 Gespräche, was im Abonnement von 190 Mark also eine Verteuerung von 40 Mark ergibt, 3682 Gespräche kosten einzeln 197,28 Mark. Es würde hier also ein, wenn auch unbedeutender Vorteil für die den Durchschnitt erreichenden oder ihn überschrei-

tenden Teilnehmer vorhanden sein. Zu stark allerdings dürfen sie den Durchschnitt nicht überschreiten, höchstens um 318 Gespräche, da sie sonst nicht 190 Mt. sondern 250 Mt. zu zahlen haben.

In den Kreisen von 1000 bis 5000 Anschließern beträgt das Abonnement jetzt 160 Mt., in Zukunft 140 Mt. Es tritt also für Abonnenten mit geringer Gesprächszahl eine Ermäßigung von 20 Mark ein. Wenn gleichwohl kaum abnominiert werden wird, so liegt dies an dem geringen Vorteile (im günstigsten Falle von 5 Mark bei so hohem Abonnement).

Mitfin werden erheblich verteuert werden die Abonnements für die Teilnehmer in den kleinsten Kreisen bis 50, 50 bis 100, und 100 bis 200 Teilnehmer. Eine Verteilung ergibt sich jedoch nur um 5 Mark im günstigsten Falle gegenüber den Einzelgesprächen in den darauffolgenden Stufen, falls die Gesprächszahl unter 2000 jährlich bleibt.

Weder mit der Regierungsvorlage noch mit den Beschüssen der Kommission wird dem Interesse des Verkehrs gebiet.

Die Stimme aus dem Hintergrunde.

Den Debatten im preussischen Abgeordnetenhaus über die Landratsplage und über den parteipolitischen Mißbrauch, den auch andere konservative Inhaber höherer Verwaltungsposten mit den ihnen zur Förderung des Gemeininteresses anvertrauten Männern treiben, ist Ministerpräsident von Bethmann von Holweg bekanntlich völlig fern geblieben, obwohl es sich hier doch gewissermaßen um den Kern der innerpolitischen Situation, um den letzten Grund der zunehmenden Vertiefung in den Kreisen der gebildeten Minderheit handelt. Die Verantwortung der liberalen Beschwerden blieb vielmehr dem Minister von Dallwig überlassen, der zur Behandlung dieser Materie schon deshalb wenig geeignet erscheint, weil er bereits als „Kanalhebel“ den Landräten ja selbst das Zeichen der Mißachtung der Regierungsgewalt gegeben hatte oder doch wenigstens diese Mißachtung an seinem Teil bewilligt mitbetätigte. Der Minister des Innern hat diese seine Vergangenheit denn auch so wenig verleugnet, daß er die Erklärung für angebracht hielt, es seien ihm

irgendwelche Tatsachen nicht bekannt geworden, welche es wünschenswert oder notwendig erscheinen ließen, besondere Maßnahmen zu treffen, um einseitigen politischen Übergriffen der Landräte entgegenzutreten.

Nun hat der Minister dabei auch auf eine Rede des Ministerpräsidenten von Bethmann Holweg vom 10. Februar 1910 angepielt; aber er hat es bei der bloßen Anspielung genügen lassen und es vermieden, die Rede selbst wiederzugeben;

wirtschaften und sich selbst dabei nicht zu verstellen. Sein sicher hochstehendes künstlerisches Ingenium wird schwere Prüfungen zu bestehen haben, die in dem alten fatalen Hause auch dann schwer genug wären, wenn das Theater auf staatliche Beihilfe zu rechnen hätte.

So empfängt man denn in Hamburg den neuen Leiter mit dem vollen Vertrauen, was sein Können und sein Wollen angeht, aber auch mit der durchaus angebrachten Selbstbehaltung hinsichtlich des Vollbringens. Jedem muß er eben, wenn er durchkommen will, sparen, und zwar kräftig sparen — und diese Tatsache, die wirtschaftlich den Fortbestand des alten Betriebes bedeutet, sagt im Hinblick auf die nächste Zukunft des sogenannten Hamburger Stadttheaters alles.

Das Schloss der Vinken zum Briege.

(Ein Beitrag zum Thema Heimattunsk.)

Man schreibt uns aus Briege: Neben dem Heideberger Schloss ist, wie nachstehende Kunstschaffler anerkannt haben, das schönste Bauwerk der Renaissance einer kunstvollen Vergangenheit das Schloss der Vinken zum Briege in der alten Oberstadt Briege. Wenn dieses Jewel deutscher Baugeschichte an einer lebhaften Touristenstraße liegen würde, hätte es schon längst seine Sterne im Wädel. So trübt es einen Dornröschenschlaf, dem äheren Anschein nach allerdings mehr ein Alchambel als ein Dornröschel.

Von der verschundenen Pracht zeugt eigentlich nur noch das gut erhaltene große Portal mit dem Standbildern seines Erbauers aus dem Hause der Vinken und dessen Gemahlin. Auf dem weiten Hofe, der eine prächtige Marmorplafier trug und auf dem glänzende Turniere ausgedehnt wurden, machten die mit Bettern veranlagten Festerhöfen an die Vergänglichkeits alles schickten. Bedäglich die Schlosspforte, die jedoch auch nicht mehr zum Götterdienst benutzt wird, ist noch einigermassen gut erhalten, wohl, weil sie die Veranlagung der Vinkenherbige trägt. Die weiten Räume des Schlosses selbst sind dem Bräutigam eingekümt, das Haus, Hofe und andere für Vieh und Mensch nützliche Dinge dort liegen läßt. Ab und zu, ein- oder zweimal im Jahre, erscheinen würdige Herren aus Breslau und leben nach, das Schloss nicht unwillig gelassen worden ist. Für die Erhaltung des Gebäudes ist bisher so viel wie nichts geschehen. Der hiesige Lokalpatriotismus hat sich dieses Objekt seiner Betätigung vollständig entzogen lassen. Dies soll nun anders werden.

In einem Briefchen läßt sich ein Zufall ereignen, der bezweckt, dem unwürdigen Zustand des Schlosses ein Ende zu machen. Man hofft, die Genehmigung zu erhalten, um durch eine Lotterie den alten Bau in würdiger Weise zu restaurieren. Hoffentlich schlägt die Bewegung nicht wieder ein.

Feuilleton.

Die Lösung der Hamburger Stadttheaterfrage

wird in Hamburg jetzt rüst aufgenommen. Eine gewisse Ueberzeugung war es, als vor einigen Wochen der gegenwärtige Richter des Stadttheaters, Geh. Hofrat Bachur, in einem Schreiben an die Besthmer dieses Hauses, die auf Aktien gegründete Stadttheater-Gesellschaft, seinen Rücktritt vom Posten nach dem Tode seines Vorfahren unwiderruflich anzeigte, um sich fortan ausschließlich dem Thalia-Theater in Hamburg zu widmen, das einen herrlichen Neubau erhalten soll. Bachur stammt noch aus der Holländischen Schule; er ist smarter Geschäftsmann durch und durch, der es fertig gebracht hat, drei Hamburger-Mittler Theater gleichzeitig, nämlich die beiden sogenannten Stadttheater in Hamburg und Altona und noch das Thalia-Theater, zu leiten, die große Nacht an die Hamburger Stadttheater-Gesellschaft von jährlich 70 000 Mark aufzubringen, dabei auch genügend für sich selbst zu sorgen und obendrein noch im allgemeinen im Gutes für das Publikum zu leisten, wie es bei einem hoch rein rednerischen Betrieb wohl überhaupt nur möglich ist. Als solches betrachtet, ist freiwillig das Stadttheater für eine Stadt von der Bedeutung Hamburgs einfach kümmerlich. Hamburger, die in Frankfurt, Köln usw. die Oper gesehen haben, verachten vielfach, daß Hamburg daran, wenn man die Auführungen als künstlerisches Ganze nehme, nicht „ihnen“ könne. Dagegen ist Hamburg in Einzelheiten über dem Durchschnitt, und bei deren Leistungen das große Operpublikum alles sonstige, sei es auch von tollerloser Unzulässigkeit, ganz einfach überflüssig. So tragen die Hamburger Auführungen im Stadttheater oft ein geradezu ägerlich billiges Gepräge, sie bieten Brillanten in Messing gefaßt.

Genen den nächsten Rollenbericht kann eben auch der bedeutendste Künstler als Bühnenleiter nur bis zu einem gewissen Grade anknüpfen, und so haben die künstlerischen Hände, die Bachur zur Seite waren, gegen die rein rednerischen sieben Gebote nicht viel ausrichten können. Aber auch selbst, wenn sie es hätten können, wäre am Ende doch nichts wirklich Einzigartig Bedeutendes dabei herausgekommen, weil das vollständig verbaute und veraltete Bühnenhaus aller künstlerischen Anteilung und allen feingebildeten Stilgefühls bspottet, und das

für eine heutige Aufführung so wichtige Sensible auf eine recht untergeordnete provinzielle Linie herabdrückt. Wagnerische Musikdramen in diesem Bühnenmilieu wirken mitunter ohne weiteres unerrätlich.

Diese paar Schlaglichter werden schon genügen, um es verständlich zu machen, daß, als in Hamburg der Rücktritt Bachurs bekannt geworden war, die alte, große Schmach eines fähigen Hamburger Kulturrediger mit neuer Gewalt emporwuchs, jetzt endlich reinen Tisch zu machen und die Stadttheater-Mittler zu enden. Der Staat sollte das Privatunternehmen, das sich zu Unrecht als Stadt-Theater bezeichnet, in die Hand nehmen, oder es wenigstens ausserhalb unterführen, damit ein künstlerischer Leiter, womöglich in der Stellung eines Intendanten, berufen werden könne. Freilich wäre auch das nur „halber Kram“ gewesen, wenn nicht Ein hoher Staat seine staatliche Munizipalität einsetzte hätte und für den Neubau eines der Stadt würdigen Hauses einsetreten wäre. Aber gerade hier lag der Hofe gründlich im Pfeffer! Zwar hatte der Senat schon vor Jahren einmal einen Ton über das Wünschenswerte eines Opernhauses verlauten lassen, und die Bürgererschaft hatte sogar einen Ausblick auf der Erörterung dieser Frage getraut. Aber am Ende war die ganze Sache im Sande verlaufen, denn der Staat verweigerte, um es kurz und bündig zu sagen, für diese Sache nicht über das nötige Kleingeld, nachdem er sich in andere große, wirtschaftspolitische Pläne verstreift hatte. Nun waren zwar die Zeitungen sehr beweglich, die „großhulige Freieblattheit der reichen Hamburger“ angurten, um für den bedeutenden Kulturzweck einmal kurz entschlossen eine „lumipige Million“ flüssig zu machen; allein, in der Stadt der jorlang gefürchten Haubdrücker verhalten diese Rute „schnell benehelter Ideologen“ vollkommen wirkungslos, was man ebenfalls von vornherein hätte wissen können, da es keinen klüben Reaktionsherd entgegen sein kann, der der Samuragar mit den herrschenden Theaterzuständen nicht und recht zufrieden ist, so lange er nur seine Ehre, Hofe, seine Wehner-Freieblattheit, seine Freieblattheit und was die Hamburger Demen anlangt, so lange sie ihren verärgerten Bernarini und ihren karitativ-moralischen Vorkäsa haben. Nach dem „dinner“ geht man abends — halbwegs zur angenehmen Verdauung — in die Oper und läßt sich, hochzufällig auf seinen abnominierten Platz hineinrollen, etwas „Erstklassiges“ vorbringen, und damit ist die Sache „aldrig“. So ist denn gekommen, was kommen mußte: Hamburg erhält mit Dr. Hans Loewenfeld, dem Oberbürgermeister der Leipziger Oper, einen neuen Richter und Direktor, der sicher zu den bedeutendsten Theaterpraktikern gehört und in der Inszenierung von Opern auf wirkliche Taten hinweisen kann, dessen wichtigste Sorge es aber doch in Hamburg bleiben wird, die Pacht herauszu-

offenbar in dem Gefühl, daß er sich damit selbst desavouiert haben würde. Man so interessiert ist es, daß Herr von Bethmann-Hollweg seine Stimme nun wenigstens aus dem Hintergrunde vernimmt, indem er die „Nord. Allg. Ztg.“ veranlaßt, jene Rede im Wortlaut in das Gedächtnis der Zeitgenossen zurückzuführen. Darin heißt es nun nach einer scharfen Verurteilung an den Tat und das Verantwortlichkeitsgefühl der politischen Beamten zum Schluß:

„Nebst Verurteilung des Anderen denkend rächt sich Deutschland und Preußen wissen davon ein trübes Lied zu singen, wenn sie sich bei mehreren Schwere erinnern, die in den zwanziger, dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts aus dem Lande saßten. Meine Herren, was ein solcher Mißbrauch hinsichtlich der unschuldigen ist für auf das entsetzliche demütig. Wo solche Mißbräute stattfinden sollten, da mißbillige ich sie ebenso, wie ich Schikanen, wie Galatrasen und ähnliches, verurteile. Meine Herren, das sind heimliche Missetaten, weder des Beamten, der sie begeht, noch der Partei würdig, zu deren Gunsten sie betrieben werden. Aber dagegen protestiere ich, daß man unierer politischen Beamten, unierer Beamten in ihrer Allgemeinheit oder auch in einem neuwertigen Umfang Tendenzen in ihrer Amtsführung andächtig, die ich schon beproben und gerügt habe.“

Man darf billig bezweifeln, ob Herr von Bethmann-Hollweg nach den Vorkommnissen des letzten Jahres auch heute noch den „neuwertigen Umfang“ landräulischen Amtsbereichs in Abrede stellen würde. Immerhin muß er, wenn er sich in dieser entscheidenden Weise äußert, den tatsächlichen Umfang schon damals für nicht unbeträchtlich gehalten haben und seine Schlussfolgerungen geben ja auch unzulänglich zu erkennen, daß er die heimlichen und unwürdigen Missetaten wenigstens einiger Landräute als erwiesen angesehen hat.

Damit stehen aber die namentlich von Herrn von Daltwitz abgegebenen Erklärungen in höchstem Widerspruch. Herr von Daltwitz hat nicht, aber auch nicht das geringste bemerkt, was ihm veranlassen könnte, geeignete Vorkehrungen zu treffen, um das Vertrauen der Bevölkerung zu der „Regierung über den Parteien“ wiederherzustellen. „Dies Kind, kein Engel ist ja kein, voll meiner Schuld befallen sein!“

Diese Weiber mit der Auffassung des Ministerpräsidenten, nach mit dem offenkundigen Tatsachen vereinbare Ablehnung der bestehenden Mißbräute kann auf gewisse Kreise natürlich nur die Wirkung der Aufmunterung haben, so wie bisher fortzuführen.

In der „Kreuzzeitung“ tritt das auch bereits gütige. Sie klagt wieder einmal darüber, daß der Liberalismus mit seinen angeblich so kolossalen Geldmitteln den Konventionen Vorschub tut, und fährt dann fort: „Aber wir haben a n d e r e Mittel, und werden wir mit größerer Mühseligkeit anzuwenden müssen, damit nicht eine wirtschaftliche und politische Krise über das Land hereinbricht.“ Das kann nicht auf etwas anderes bedeuten, als daß bei den allgemeinen Wahlen der 5. März die E. Organismus, speziell Landrat, Gendarm und Amtsvorsteher, für die konventionellen Parteipolitiker nicht rücksichtslos in Anspruch genommen werden soll, als schon bisher. Und da scheint denn doch die Frage am Platze, ob Herr von Bethmann-Hollweg auch weiterhin im Hintergrunde bleiben und der Zustimmung dieser Dinge mit verdrängten Armen zusehen, oder ob er nicht endlich herentortet und seinem in der Rede vom 10. Februar 1910 deutlich genug bekundeten Willen nicht auch Respekt verschaffen will.

Deutsches Reich.

Mehr Klarheit, Herr Minister!

L. C. Die Ablegung des Antimodernisten-Eides ist noch nicht so ohne Widerspruch abgegangen, wie es eine Zeitlang ermartet wurde. Aus Bayern werden schon 6 Geistesgenossen genannt, die den Eid definitiv verweigert haben und aus ihren geistlichen Ämtern ausgeschieden sind. Von einigen andern sind die Namen noch nicht bekannt. Ebenso steht es mit Würtemberg. Auch dort haben mehrere Pfarrer den Eid abgelehnt. In Preußen sind bis jetzt erst 2 bekannt: Ein katholischer Pfarrer und ein Religionslehrer. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch noch andere Geistliche Schwierigkeiten bei der Ablegung des Eides gemacht haben, daß aber noch Verhandlungen mit ihnen im Gange sind. Preußen scheint sich dadurch auszuzeichnen, daß nur wenige Pfarrer dem Antimodernisten-Eid Widerstand leisten.

Für den Staat ist die Frage von aktueller Bedeutung nur für die Professoren und Religionslehrer. Der preussische Kultusminister hat am 14. Januar erklärt, daß die katholischen Theologieprofessoren den Eid nicht zu leisten haben. Am 16. Januar hat er hinzugefügt, daß die katholischen Geistlichen alle den Eid geleistet haben, in Zukunft die Professoren aus diesem Kreise genommen werden müßten und dann die Frage sei, ob der Nutzen, den die katholischen Fakultäten dem Staate schaffen, größer ist als die Bedenken, die entgegenstehen. Es werde sich darum handeln, ob die Erwägungen, die bisher zur Verbeugung der Fakultäten geführt haben, auch ferner noch unter der veränderten Lage zureichend sind. Der Minister hat auch mitgeteilt, daß der Eid nicht gefordert werden würde noch bei dem geistlichen Stande ansitzenden Staatsbeamten, und erklärt, daß, wenn ein Beamter den Eid abgelehnt habe, es Sache des Staates sein würde, seine Beamten vor Nachteilen zu schützen, die ihnen etwa aus der verweigerten Eidesablegung entstehen könnten. Ueber einen ihm mitgeteilten Fall habe er sofort Bericht eingefordert.

Es ist durchaus notwendig, daß die Sache vollständig klar gestellt wird, doch also der Minister in die Lage kommt, bestimmt zu erklären, den Professoren an den preussischen katholischen Fakultäten sei der Antimodernisten-Eid nicht abgenommen worden und ebenso wenig den Staatsbeamten, insbesondere den Lehrern, die geistlich Pfarrer sind. Dies ist durchaus notwendig, denn der Eid besteht sich keineswegs allein auf dogmatische Fragen im engeren Sinne, sondern er umfaßt das ganze Gebiet des katholischen Kirchenwesens, vor allen Dingen die Stellung der Kirche zur Schule, deren ausschließliche Beherrschung sie in Anspruch nimmt, die Stellung zum Staate, über den sich die Kirche stellt usw. Der Antimodernisten-Eid verpflichtet denjenigen, der ihn geschworen hat, dem Papste mehr zu gehorchen als seinen Vorgesetzten; er ist also unvereinbar mit der Stellung eines Staatsbeamten.

Der Bund der Heilbesoldeten.

Dem „Bund der Heilbesoldeten“, der sich mit einer Anfrage an den Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow gewendet hatte, ist, wie die „Dtsch. Radz.“ mitteilen, das folgende Antwortschreiben zugegangen:

Auf die gefällige Anfrage vom 7. d. M. erwidere ich er-

gebenst, daß ich allerdings den mir unterstellten Beamten, hauptsächlich in ihrem eigenen Interesse, die Mitgliedschaft beim „Bunde der Heilbesoldeten“ zwar nicht unterlag, wohl aber als zurzeit nicht empfehlenswertes Verhalten bezeichnet habe. Hierzu bin ich durch unliebsame Vorgänge innerhalb meiner Behörde und durch gewisse Kundgebungen der Bundesleitung veranlaßt worden. Die in dem dortigen Schreiben enthaltene Erwähnung, daß ich durch diese Maßregel meine Beamten „politisch entrechtet“ und „logischerweise“ genötigt habe, „politisch die Sozialdemokratie zu unterstützen“, weise ich als un begründet und ungebührlich sowie als eine Befeldigung aller dem Bunde nicht angehörenden Beamten hiermit auf das entschieden zurück. Jagow.“

Die Stellungnahme des Herrn v. Jagow ist zum mindesten eine auffallende.

Parlamentarisches.

Zur gesetzlichen Einführung der bedingten Beurteilung.

Die Straßprozeß-Kommission des Reichstages hatte eine Resolution angenommen, in der die verbundene Reform der Strafrechts die bedingte Beurteilung einzuführen. Kamentlich soll diese bedingte Beurteilung für jugendliche Angeklagte unter 18 Jahren, wenn sich der Beurteilte während bestimmter Zeit vorwurfsfrei geführt hat. Die Regierung nimmt zu dieser Frage folgende Stellung ein:

Die wohltätigen Wirkungen, die man von der Zulassung bedingter Beurteilung erhofft, werden in weitem Umfange schon heute durch die bedingte Verurteilung erreicht; gerade jugendlichen Übeltätern gegenüber werde diese Maßnahme in immer steigendem Maße angewandt. Ein dringendes Bedürfnis für die gesetzliche Einführung der bedingten Beurteilung liegt daher zurzeit nicht vor, jedoch erkennt die Reichsjustizverwaltung an, daß nach der mit der bedingten Verurteilung gemachten Erfahrung die Frage ernstlicher Erwägung bedürfte, ob nicht diese auf Maßnahmen der Verwaltung beruhende Einrichtung durch eine gesetzliche Regelung zu ersetzen sei. Der gegebene Zeitpunkt dafür werde die in Angriff genommene Reform des materiellen Strafrechts sein. Die mit dieser Reform beauftragte Sachverständigenkommission hat sich mit dieser Materie eingehend beschäftigt und es ist anzunehmen, daß die nennenden Berufene zweite Kommission dieser Frage ebenfalls näher treten wird. Es sei jedoch nicht zu verkennen, daß es sich bei dieser Frage um schwierige und wichtige Probleme handle, und daß größere Erfahrungen noch nicht vorliegen.

Zugaben der Antiqua-Schrift.

Die Petitionskommission des deutschen Reichstages hat in der Sitzung vom 19. d. M. einmütig dem Reichsanwalt eine Petition zur Veröffentlichung überreicht, welche die Einführung der Antiqua (sog. Lateinschrift, auch veraltet: „Klitterschrift“) an Stelle der Fraktur (sog. deutschen Schrift) fordert. Die Mitglieder der Kommission stimmten darin überein, daß die genannte Entscheidung den anderen Nationen längst vorgemacht hätten. Die deutsche Schrift solle nicht gänzlich verdrängt werden, aber sie dürfe in den Schulen erst im 3. oder 4. Schuljahre gelehrt werden. Die Antiqua aber solle die Stelle der deutschen Schrift einnehmen. Der Vertreter der Regierung konnte aus eigener Erfahrung, die er auf den Volkstausstellungen in St. Louis und Brüssel bezeugt gefunden, sagen, daß das Ausland sich weit eindrucksvoller mit deutschen Schriftwerken befaße, wenn sie in Antiqua gedruckt oder geschrieben seien. Auch die früheren Gegner stellten sich angehts der heutigen Verhältnisse auf den Boden der Petition.

Parteinachrichten.

L. C. Eine Anweisung für Veranlassungsteller hat das Zentralbureau der fortschrittlichen Volkspartei, Berlin, Zimmerstr. 6, herausgegeben. Es werden darin Ratgeber gegeben, wie eine politische Veranlassung erzielbar vorbereitet, durchgeführt und zum Nutzen der Partei ausgenutzt werden kann. Die Vorhaben der Organisationen der fortschrittlichen Volkspartei werden von diesem Bureau vermutlich besonders gern Gebrauch machen. Das Zentralbureau ist bereit, jedem Parteigenossen, der in die Lage kommt, eine Veranlassung zu leisten, ein Exemplar der Anweisung gratis zu überreichen.

Ausland.

Die zweijährige Dienstzeit in Oesterreich.

Aus Wien wird gemeldet: Nach der „N. Fr. Pr.“ soll die zweijährige Dienstzeit der Infanterie bereits durchgeführt werden, daß das Rekrutenkontingent gegenwärtig 103 000 Mann, voraussichtlich im Herbst 1912 um 25 000 Mann werden soll unter gleichzeitiger Beurlaubung von 6000 Mann des dritten Präsenziars. Im folgenden Jahre sollen voraussichtlich 40 000, im dritten 50 000 bis 60 000 unter entsprechender Vermehrung der zu entlassenden Drittpflichtigen, im vierten Jahre endlich die ganzen 70 000 Mann mehr angefordert werden, womit dann die Präsenziarszeit von 154 000 Mann erreicht ist, die zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit notwendig sind. Entsprechend würden auch die betriebsfertigen Landwehren auf 25 000 bzw. 20 000 Mann gebracht werden, wobei es sich um deren effektive Standesvermehrung handelt, da diese Landwehren bereits zweijährige Dienstzeit haben.

Konferenz wegen der Schlafkrankheit.

Aus London wird gemeldet: Die englische Regierung hat eine Konferenz einberufen, die sich mit der Frage der Bekämpfung der Schlafkrankheit beschäftigt, da die Befürchtung laut geworden ist, daß die Gefahr einer Ausbreitung dieser Krankheit durch den Bau der Eisenbahn von Rhodesien nach Katanga sich vermehre. Die Sitzungen der Konferenz finden täglich im auswärtigen Amt zu London statt. Es nehmen an ihr Vertreter des auswärtigen Amtes und des Kolonialamtes, Ärzte, welche die Eisenbahn der Chartered Company vertreten, das Bureau zur Bekämpfung der Schlafkrankheit und zwei Delegierte Belgiens teil.

Der Artillerie-Regiment „Sagitta“ wurde der englischen Regierung und teilte mit, daß Staatssekretär Green bei Aufgeben der Konferenz großes Interesse entgegenbringe. Die Konferenz erörtert eingehend die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankheit und gibt Anweisungen zu ihrer weiteren Erörterung und insbesondere zur Bekämpfung ihrer Weiterverbreitung im Hinblick auf den Ausbau des afrikanischen Eisenbahnnetzes.

Englands Antwort.

Aus Teheran wird gemeldet: Die britische Antwort auf die letzte persische Note über die Lage in Südpersien ist überreicht worden. Sie stellt fest, daß die britische Regierung mit Genehmigung von den Ministern der Konferenz großes Interesse entgegenbringe. Die Konferenz erörtert eingehend die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankheit und gibt Anweisungen zu ihrer weiteren Erörterung und insbesondere zur Bekämpfung ihrer Weiterverbreitung im Hinblick auf den Ausbau des afrikanischen Eisenbahnnetzes.

Royalistische Antriebe in Paris.

Aus Paris wird gemeldet: Als der Präsident der Republik, Fallières, am Montag aus dem Ozeanographischen Institut zurückkehrte, veranstaltete eine Anzahl Royalisten, welche in der Rue St. Jacques Aufstellung genommen hatten, eine Kundgebung. Sie riefen: Es lebe Lucien La Cour! Es ist dies die Persönlichkeit, welche vor einiger Zeit dem Präsidenten tätlich angegriffen hatte. 12 der Demonstranten sind verhaftet worden.

Unruhen in der griechischen Armee.

Unser Pariser Korrespondent berichtet: Wie „Memorandum“ aus Athen meldet, waren dort Montag Gerüchte von in der griechischen Armee ausgebrochenen Unruhen verbreitet. Der Korrespondent des Finanzblattes erhielt von dem Ministerpräsidenten Niziolos die Erklärung, daß die Bewegung in der Armee ohne jede Bedeutung sei. Das Land sei auf Seiten Niziolos und er sagt, er habe die Armee für vollkommen sicher. Der Tatbestand ist folgender: Man erbatte, daß der Oberst Papathotis, der unter der revolutionären Regierung Kriegsminister war, Unteroffiziere zu später Stunde bei sich empfangen und den bestehenden Verhältnissen Montag nachmittags wurde Oberst Papathotis verhaftet, ebenso sechs Unteroffiziere.

Die Unruhen in Hankau.

In Hankau ist Ruhe eingetreten. Auf Wunsch des englischen Generalkonsuls ist das gelandete Detachement des „Jaguar“ zurückgezogen worden. Zu einem bewaffneten Eingreifen der „Jaguar“-Mannschaft während der Unruhen ist es nicht gekommen. Ueber die Stimmung während der Unruhen berichtet folgendes Telegramm:

Hankau, 24. Jan. Die Lage ist jetzt wieder ruhiger. Die Seutele waren freiwillig Tag und Nacht alarmbereit. 2000 Mann chinesischer Truppen sind in europäischen Niederlassungen eingedrückt. Wie berichtet wird, wurden zwölf Chinesen getötet und dreizehn verwundet. Von Fremden wurde niemand verletzt. Die Vertreter aller fremden Nationen erludten telegraphisch um Beistand.

Alte Tagesnachrichten.

Der Antimodernisten-Eid. Aus Wien wird gemeldet: Die Wiener Sozialisten müssen sich dem Leipziger Beschlusse an, daß Professoren, die den Antimodernisten-Eid ablehnen, nicht Mitglieder des Deutschen Sozialistengesellschaft sein können, weil sie auf die Freiheit der Forschungslehre verzichten. Eine politische Beurteilung. Nach einer Meldung aus Kairo wurde Mohammed Ferid, der Vorsitzende der Nationalpartei, wegen Verleumdung des Sultans von einem außerordentlichen Gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die megalomane Kämpfe. Die Aufstandsbewegung scheint trotz der wiederholten Meldung von ihrer Unterdrückung noch immer nicht völlig tot zu sein. Aus Tripolis in Libyen wird gemeldet, daß etwa hundert Mann Regierungstruppen in einem zehntägigen Kampfe mit den Revolutionären bei Dibsina gefallen seien.

Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts.

R. Das Oberverwaltungsgericht hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, wann ein Konflikt als begründet anzusehen ist. Ein Schauffeller E. zu Frankenberg war auf einer Polizeiwache mit einem Kollegen in Streit geraten und hatte eine Sachschädigung bezogen. Gegen E. war Anzeige erhoben worden, es erfolgte aber Freisprechung, weil E. zur Zeit in der Tat nicht völlig zurechnungsfähig gewesen sei. In der betreffenden Verhandlung sollte der Amtsanwalt D. ausgeführt haben, der Schauffeller E. habe sich in letzter Zeit überhaupt unwohl benommen, das sei nicht nur unrichtig, sondern auch strafbar. E. strengte gegen den Amtsanwalt Klage wegen Verleumdung an und bewanderte, ein Amtsanwalt habe nicht das Recht, Verleumdungen auf der Anklagebank zu bringen, zu bestrafen. Er sei zur Verhandlung kam, erhob der Oberstaatsanwalt gegen den Amtsanwalt ein, weil annehmen, daß der Amtsanwalt sich in der erwähnten Weise nicht geäußert habe. Ein Konflikt ist nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts dann begründet, wenn festgestellt, daß Beamte sich einer Verleumdung oder Unterlassung einer ihnen obliegenden Amtspflicht nicht schuldig gemacht haben. Die Aufgabe des Konfliktrichters beschränkt sich nach § 11 des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Gerichtsverfahrensgezet auf die Feststellung

Schwerer Raub.

Unter der Anlage des schweren Raubes hatte sich der 23jährige Handarbeiter Stanislaus Drahanz aus Schönefeld vor dem Schwurgericht in Leipzig verantwortet.

Der Angeklagte ist früher einmal bei einer Kauferei polnischer Arbeiter beteiligt gewesen und hinterher zum Schöffengericht in Jena wegen Verdröhung mit einem Revolver zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der jetzt zur Anlage stehende Vorfall hat sich am 21. Oktober v. J. auf Waldener Auegetragen. Dort hat er den Arbeiter Andreas Pechlo überfallen, ihn wiederholt mit den Fingern auf den Kopf geschlagen und ihm dann keine Uhr mit Kette, sowie kein Portemonnaie gewaltsam entziffen. Schließlich hat er ihn noch, bevor er die Flucht ergriß, mit einem Dolchmesser bedroht und gequält, er werde ihn für den Fall, daß er Alarm schlage, tödlichen oder mit einem Revolver niedererschließen. Die geraubten Gegenstände wurden später bei Drahanz vorgefunden, er behauptete indes, es handle sich um sein künftlich erworbenes Eigentum. Da er den Raub in Würde stellte, machte sich eine umfangreiche Vernehmung notwendig. Auf Grund des Spruches der Geschworenen, die die Schuldfrage bejahten, wurde der Angeklagte zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, sowie zu den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Brandstiftiger Abenteuer.

Bamberg, 21. Jan. Schwere Kummer haben zwei leichtsinnige Jünglinge in ihren achtern Eltern in Bamberg zugefügt. Sie bestanden im Alter von 15 und 16 Jahren lebend, in Helmsfeld die dortige Industriehochschule. Eines Tages im Mai gingen sie von Helmsfeld, nur mit geringen Mitteln versehen, fort, lediglich um Abenteuer aufzujagen. Sie gingen erst planlos zu Fuß umher, setzten sich dann auf die Eisenbahn und fuhren auf dieser eine Strecke ins Land. In Ertzurt gingen ihnen aber bereits die Mittel aus und der Letztere von ihnen verließ deshalb seine Uhr. Weiter ging nun die Wanderung und so kamen sie unter mannigfachen Entbehrungen zu Bamberg. Dort hatten sie kein Geld mehr und so kamen sie auf die Idee, unter Angabe falscher Namen ein Zimmer zu mieten und preisten dann bei einem Wirt mehrere Tage lang auf Kredit. Als sie endlich bezahlen wollten, verschwanden die jungen Herren, nachdem sie sich jeder noch mit einem Paar erstickender Schuhe versehen hatten. Die nächste Station war Eisenhof, wo sie wiederum ein Zimmer mieteten unter dem Vorwande, sie seien Schüler und wollten sich einige Zeit hier in der Sommerfrische aufhalten. Fünf Tage lang dauerte das gute Leben. Die leidenschaftlichen Burthen hatten inzwischen aus einer in ihrem Zimmer befindlichen Kommode Geld, das ihrer Wirtin gehörte, entwendet und zahlten, als diese schließlich Zahlung verlangte, auch die schuldige Wirtin von dem gestohlenen Gelde, um sich dann heimlich aus dem Staube zu machen. In Darmstadt erfolgte sodann ihre Verhaftung. Die Eltern, die im höchsten Grade beunruhigt über das juristische Verschwinden ihrer Söhne waren und die, wenn von letzteren an sie geschrieben worden wäre, genügend Geld gefickt oder die Ausreise geholt und sie dadurch vor ihren unheilvollsten Streichen bewahrt hätten, dachten jedoch allein Schaben, konnten es aber nicht verhindern, daß gegen die jungen Leute wegen Betrugs und schweren Diebstahls Anklage erhoben wurde. — Sie standen jetzt vor dem hiesigen Jugendgerichtshof, der unter Freisprechung der Anklage wegen Betrugs nur ein einfaches Vergehen wegen Diebstahls anmahnt und die Angeklagten zu je einer Woche Gefängnis verurteilt. Zugleich empfahl je der Gerichtshof der bedrängten Begnadigung.

Luftschiifahrt.

Der Montier Hans Grabe startete Montag vormittag um 10 Uhr 25 Minuten auf dem Flugfeld Mars bei Bork zu einem Ueberlandflug nach Magdeburg. Grabe mußte jedoch seinen Flug wegen zu großer Kälte hinter Weitz unterbrechen. Nach einer kurzen Zwischenlandung liegt er wieder auf und kehrte nach einer Abwesenheit von nur 38 Minuten wieder nach dem Flugplatz Bork zurück.

Vermischtes.

Das Wetschwimmen der Stadträte.

Man schreibt der „Zit. Ztg.“ aus Heidelberg: Bei einem hier abgehaltenen Schwimmfest wurde ein Intermezzo mit gewöhnlicher Art improvisiert. Als Vertreter der Stadt waren drei Stadträte und außerdem der Obmann des Stadtorientationskollegiums anwesend. Der Obmann, der gerne seinen Sarkasmus spielen läßt, äußerte im Laufe der Veranstaltung: „Ich gäbe 100 Mark dafür, wenn ich einmal die Stadträte um die Wette schwimmen sehen könnte.“ Er hatte sich aber in der Intermezzozeit der rüstigen Stadträte getäuscht, denn sie nahmen ihn sofort beim Wort, fügten sich in die Platen und schwammen unter stürmlichem Beifall eine Einlagenummer, deren Preis nun einem guten Zweck zufließen wird.

Zugunglück auf der Cassalbahn.

Aus London wird telegraphiert: Das Unglück auf der Cassalbahn übertrifft den furchtbaren Unfall des schottischen Sprekzeuges, der noch überall im Gedächtnis ist, in seinen schrecklichen Folgen. Es wurden, wie jetzt festgestellt ist, elf Personen sofort getötet und an 40 Personen mehr oder minder schwer verletzt.

Die Giftprobe im Gerichtsaal.

Die Verhandlungen in dem Prozesse der des Giftmordverdächtigen an ihrem Gatten angeklagten amerikanischen Millionärin Frau Schwartz gestattete sich wieder recht interessant. Zwölf Krüge lagten aus, daß der Saperdickstich, durch den die Staatsanwaltschaft die Vergiftungsanklage nachzuweisen suchte, unter seiner eigenen Krüge nicht das geringste Verhüten ausgenieße. Dieser Sachverhalte hatte geschworen, daß der Schweißschädel: durch eine gewisse Artent enthaltende Patentmedizin, die Bleigrunder enthält, vergiftet worden sei, während der chemische Sachverständige der Verteidigung auslegte, daß diese Patentmedizin ganz harmlos sei.

„Dann bewiesen Sie es uns doch“, donnerte der Staatsanwalt den Zeugen an, „indem Sie hier vor unseren Augen einen Rüssel voll davon nehmen!“ „Gern!“ antwortete der Zeuge, ließ sich von zwei Leuten den Rüssel mischen und nahm schließlich zwei Gläser davon. Da glaubte der Verteidiger, es seinem Zeugen gleichzutun zu müssen, und auch er nahm einen Rüssel von der Mischung. Nun wollten auch die Geschworenen den „Wird drin“, wie sich der Obmann ausdrückte, lochen, und alle U bedachten es, ohne auch nur mit der Wimper zu zuden.

Die Pestepidemie.

Wie der „Times“ aus Peking telegraphiert wird, sind am Montag sowohl in Peking als auch in Tientsin

11 neue Todesfälle an Pest vorgekommen. Die Epidemie greift immer mehr nach dem Zentrum des Landes über und findet namentlich Verbreitung an der Bahnlinie Tientsin-Peking.

Die Schreckstaten eines Geisteskranken.

Aus St. Marie aux Chenes wird gemeldet: Sonntag abend durchsichtig ansehend in einem Anfall von Geistesgehrigkeit der auf der dortigen Grube beschäftigte Maschinenführer Feiffer seiner Frau mit einem Paarmesser den Hals bis auf die Wirbelknochen. Die Frau war sofort tot; er selbst verurteilte sich dann ebenfalls zu töten. Auf das Hilfesgeschrei der Kinder eilten Leute herbei, die ihm einen Notverband anlegten und ihn in das Krankenhaus in Metz brachten.

Er mordet.

Aus Newport wird berichtet: Der bekannte Romanschriftsteller und Dramatiker David Graham Phillips wurde Montag in dem fahibonischen Grammer-Park, als er den Klub betreten wollte, erschossen. Der Mörder verurteilte Selbstmord. — Wie uns weiter gemeldet wird, wurde der Täter identifiziert als der Violinist und Musikprofessor Fihugo Goldborough.

Die neueste Erfindung.

Ein amerikanischer Ingenieur hat eine neue Erfindung gemacht, die es ermöglicht, Schiffe, die sich in voller Fahrt wendig befinden, zu einer Gegenbewegung zu bringen. Die Erfindung wird direkt unter der Kommandobrücke angebracht und kann vom Kommandanten selbst bedient werden. Nach dieser neuen Erfindung soll es möglich sein, die Kollisionen gefährlich zu vermindern. Bei den stattgehabten Proberufen hat in der Tat die Schraube sofort bei voller Geschwindigkeit durch Anwendung des neuen Apparates aufgehört, sich zu drehen und in entgegengelegtem Sinn zu wirken begonnen. Die Erfindung soll auf allen Turbinendampfern eingeführt werden.

Der Fluß des Mississippi. In Reinhausen bei Regensburg hat der des nachts betrunken heimkehrende Maschinenfahrende 67jährig seine ihm bewegten ausstehende Mutter erschoten und sich dann selbst getötet.

71 Kinder an Malaria und Scharlach gestorben. In dem weitläufigen Städtchen Bahof hat eine Scharlach- und Malariaepidemie unter den Kindern im verflochtenen Monat 71 Opfer gefordert.

Mädchenhändler. In Czestochowa wurde Montag ein Waggon eines aus Warschau kommenden Eisenbahnjuges mit jungen Mädchen angehalten, die über die preussische Grenze nach Hamburg und weiter nach Amerika abbracht und in Fremdenhäuser verkauft werden sollten. Die den Zug begleitenden, elegant gekleideten Mädchenhändler wurden verhaftet.

Eisenbahnunglück. Der Kopenhagener D-Zug Nr. 12, der gegen 9 Uhr abends auf dem Slettinger Bahnhof eintraffen sollte, kollidierte, einem Privattelegraphen aus Berlin zufolge, bei Rottahnsruhe in Medienburg mit einem Güterzug. Ein Wagen des D-Zuges entgleiste, ein Reisender wurde leicht verletzt. Die Gleise waren längere Zeit gesperrt; nach vierstündiger Bepflanzung konnte der Zug die Fahrt fortsetzen.

Sport-Nachrichten.

Ein Nachspiel vom Hamburger Schöstageerennen. Das am Freitag abend beendete Hamburger Schöstageerennen, dem man in sportlichen Kreisen von vornherein nicht viel Vertrauen entgegengebracht, wird noch ein hohes Nachspiel haben. Auf Veranlassung von Direktor Schwarz und verschiederer Fahrer wurde gegen die Veranstalter Reinhold Uthrich und August Bremer das Konkursverfahren beantragt, da mehrere Fahrer dieser kein Geld erhalten haben. Im Ganzen haben die Fahrer noch 5000 Mark zu beanspruchen. Im übrigen ist Freitag abend die Kasse mit einem Ueberschuß von 7000 Mark zurückerhalten worden.

Meteorologische Station.

Table with 3 columns: Parameter, 23. Jan. 9 Uhr abends, 24. Jan. 7 Uhr morgens. Rows include Barometer, Thermometer, Rel. Feuchtigkeit, Wind, Maximum der Temperatur, Minimum in der Nacht, Niederschlag.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meiner; für Belletristik, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Literaturteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Benzel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Der Gesamtumfang der heutigen Nr. der Saale-Ztg. liegt ein Projekt der Portland-Zementwerke „Saal“ Akt.-Ges. Halle a. S. bei, auf den wir unsere geehrten Leser besonders aufmerksam machen.

Nach fieberhaften Krankheiten

Advertisement for a medicinal product. Includes an illustration of a person and text describing the benefits of the product for various ailments like Typhus, Influenza, Lung disease, etc. The product is called 'Triale' and is available at 'Kaiserhof' in Halle a. S.

ob sich der Beamte objektiv in den Grenzen der Amtsbezugnisse gehalten hat. Kein Beamter hat das Recht, Personen wörtlich oder tätlich zu beleidigen.

Gerichtsverhandlungen.

Das Ende des Moabiters Krawall-Prozesses.

(Nachtr. verb.) S. u. H. Berlin, 23. Jan.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung nahm noch einmal der Richter H. e. m. a. n. n. s. mit dem Wort zu einigen Ausführungen rechtlicher Natur. Er bespitzelte die Taten der Angeklagten als Summe-Jugendtücke, die durch die Unterdrückung genügend gehäuft seien. Der Staatsanwalt Forstli ließ demgegenüber dabei, daß die Tatbestandsmerkmale des Aufruhrs und Landfriedensbruchs gegeben seien, denn man dürfe die Straftaten nicht aus dem allgemeinen Rahmen herausgreifen. Auch hätten sich die Schuldigen in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befunden. Verleiblicher Jultanz Friedmann hält die Teilnahme der Angeklagten an den Exzessen des Aufruhrs nicht für erwiesen. Die wörtlich Schandigen seien von der Polizei nicht gefickt worden. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Unger erteilt dann den Geschworenen die Rechtsbelehrung. Er magt die Geschworenen darauf aufmerksam, daß sie in diese Rechtsbelehrung nicht gebunden seien, sondern nur an das Gesetz und ihre Überzeugung. Gegen 11 Uhr zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Sie erschienen gegen 1 Uhr noch einmal im Saale und lassen sich vom Vorsitzenden nach eine Rechtsbelehrung geben. Die ihnen vorgelegten Fragen lauten auf schweren und einfachen Landfriedensbruch, schweren und einfachen Aufruhr, Schandigkeidigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung und großen Aufruhr. Bei sämtlichen Fragen wird die Unterfrage nach mildern Umständen gestellt. Etwa um 6 Uhr nachmittags erscheinen die Geschworenen wieder im Saale und der Obmann verurteilt den Aufruhrspruch der Geschworenen. Darauf zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Gegen 18 Uhr verurteilt der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Unger folgendes, von uns bereits telegraphisch mitgeteiltes Urteil:

Urteil:

Traub wegen schweren Aufruhrs 9 Monate, Bruh ebenfalls 9 Monate, Bonert wegen einfachen Aufruhrs 4 Wochen, Jäger wegen schweren Aufruhrs 3 Monate, Sojka wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt 3 Monate, Orlovski ebenfalls 3 Monate, Luchsch wegen großen Aufruhrs 6 Wochen, Pieslki wegen Verleibderung drei Wochen, die beiden Brüder Adamski wegen schweren Aufruhrs je ein Jahr, Kade wegen Schandigkeidigung 4 Monate, Albrecht wegen großen Aufruhrs sechs Wochen, Scharzenberg wegen Anstiftung zum großen Aufruhr 6 Wochen, Minor wegen großen Aufruhrs 6 Wochen Gefängnis. Die Angeklagten Janke, Borowitz, Schadowski und Marquardt wurden freigesprochen. Allen Angeklagten wurden mildern Umständen zugesprochen und ihnen die Untersuchungsfrist voll in Anrechnung gebracht.

Auf der Strafe ermarctete eine große Menschenmenge die Angeklagten. Das Urteil wurde allgemein als milde empfunden.

Die Rektorsgattin als Totschlägerin.

S. u. H. Nürnberg, 23. Januar.

Während der halbtägigen Pause, die durch den Zwischenfall mit der Angeklagten verursacht wird, wird diese im Nebenamt verbunden, da sie sich bei dem Fall eine Verlesung am Ohr zugezogen hat. Beim Wiedereintritt in den Saal rufte sie dem Staatsanwalt zu: Ich wünsche bei „Frau Angelotte“ angetrobt zu werden.

Hierauf beginnt der Staatsanwalt von neuem sein Plädoyer. Er führt u. a. aus: Als man erfuhr, daß ein Mann, der auf der ganzen weiten Welt keinen Feind hätte und als Mensch und Beamter allgemeine Achtung genöß, von seiner eigenen Frau getödtet worden sei, da hieß es hier in Nürnberg fast überall: das kann nicht von einem normalen Menschen begangen worden sein. Aus der Tatsache aber, daß die Täterin vor den Richtern erscheint, entnehmen Sie, daß von Inadventurlicher Seite vorerst nichts gesagt werden soll, daß die Angeklagte gestrichelt sei. Auch nach meiner ersten Ansicht wird die Angeklagte niemals einer Irrenanstalt überwiesen werden können, falls Sie sie insipieren, das was sie freibenden, es ist ein unerklärlicher geistlicher Zustand, das was sie ist. Damit find wir vor die Frage gestellt: Ist die Frau für ihre Tat verantwortlich zu machen oder nicht? Die Frage ist hier besser beantwortet worden, als im Entwürfe des neuen Strafgesetzbuches, wo es heißt: Jeder ist zurechnungsfähig, der nicht unzurechnungsfähig ist. Es gibt ja psychologische Systeme, nach denen überhaupt keine Zurechnungsfähigkeit besteht. Damit können wir aber hier nichts anfangen. Als der Hauptteil ihres Vorleses, der Tod des Mannes erreicht war, stieß sie sich erleichtert und erschöpft. Der Schöffengericht ist ihr wieder leid geworden. Denn der Schuß in das Bein war ein ganz theatralische Gatte. Ihr Verhalten nach der Tat war ein ganz konsequentes. Wegen mir an das ganze Verkommen des Maßstab des normalen Menschen, so muß man sagen, daß die Verachtung eines Mannes, der eine Frau liebt, sehr oft die Motive zu einem solchen Mord und Selbstmord sind. Wenn ich Sie bitte, die Schuldfragen zu bejahen, so handele ich mit Uebereinstimmung mit den wissenschaftlichen Feststellungen. Ich eruche Sie, die Angeklagte des Totschlages unter Jubilation mildern Umständen schuldig zu sprechen. Die Minimalstrafe wäre dann sechs Monate Gefängnis. Natürlich würde eine höhere Strafe zu verhängen sein, aber das haben die Richter zu entscheiden. Die den Geschworenen vorgelegenden Schuldfragen lauten auf Totschlag mit der Willkür, ob vorher eine schwere Beleidigung begangen ist, ferner mit der Frage nach mildern Umständen; zweitens auf Körperverletzung mit nachfolgendem Tode; und drittens auf fabriklägige Tötung, die beiden letzten Fragen ebenfalls mit den Unterfragen nach mildern Umständen.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung sind die das Gerichtsgebäude umgebenden Straßen von einer dichten Menschenmenge umlagert, Neben der Angeklagten hat außer der Wifegerin auch noch eine formte Schmeißer Wifegerin genommen. Rechtsanwält Dr. S. in der Sitzung in seinem Plädoyer u. a. aus: Wohl nach wie hat in Nürnberg ein Prozess solches Aussehen erregt wie dieser. Ein hochangesehener Mann wurde von seiner eigenen Frau erschossen. Der Weibliche am Saale des Toten sagte aber mit Recht: Urteil nicht so rasch. Es ist schwer, in der Seele einer Frau zu lesen. Der Verteidiger geht dann die Gutachten durch und verlangt für seine Mandantinnen den Schuß des § 51, da eine krankhafte Störung der Gesestigkeit vorliege.

Das Urteil lautete, wie wir bereits mitgeteilt haben, auf 4 1/2 Jahre Gefängnis mit Anrechnung der admonatlichen Untersuchungsfrist.

Februar = Job Classen = Apollo.

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blätagen.

Beifallsstürme! Sensation! Jubel!

Gastspiel der Original-(O.F.) Parisiana

a) Nacharbeit b) Die unmoralische Werbung
c) Die Rote, sowie zum 26. Mal d) Los Nr. 33.

Grosser Erfolg! Gewöhnl. Preise. Anfang 8.15 Uhr.

Saalschloss-Brauerei.

Mittwoch, den 25. Januar, nachm. 1/4 11 Uhr

XVII. grosses Streich-Konzert

der Kapelle des Pflücker-Regts. General-Feldmarschall Graf Blumenthal (Magdeb.) Nr. 38. Leitung: Kgl. Obermusikmeister H. Hiltz.

Sitzplatz 30 Pf. Abonnementsorten 10 Stk. 2 Mk. F. Winkler.

Mozartsaal, Waldenplan 20.

Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 Uhr

Konzert von Maja Samuelsen (Klavier) unter Mitwirkung von Marie Heisler (Gesang).

Klavierstücke von Mendel, Brahms, Chopin, M. Dowell, Liszt. Lieder von Brahms, Rob. Franz, Hugo Wolf. Konzertfuge „Blüthner“ aus dem Magazin B. D. 11.

Karten zu Mk. 3.10, 2.10, 1.06 in der Hofmusikalienhdlg. Heinrich Hothan, Gr. Ulrichstr. 38.

III. Kammermusik-Abend

der Herren Kammermeister Paul Wille, Alfred Wille, Bernhard Unkenstein u. Prof. Georg Wille unter Mitwirkung der Herren Hofkapellmeister Franz Mikorey (Klavier) aus Dessau und Kammermusiker Albin Starke (Kontrabaß) aus Dresden.

1. Schubert, Forellenquintett, 2. Mozart, Streichquartett D-moll 3. Dvorák, Klavierquintett Op. 81 A-dur. Konzertfuge „B. Isach Sohn“ aus dem Magazin B. D. 11.

Karten zu M. 3.10, 2.10, 1.55 bei Heinrich Hothan.

Robert Franz-Singakademie

Musikalische Leitung: Professor O. Reubke.

Mittwoch, den 1. Februar 1911, abends Punkt 7 1/2 Uhr in der Marktkirche:

Gestliche Musik-Aufführung. Johann Sebastian Bach: Vier Kirchen-Kantaten

für Chor, Soli, Orchester und Orgel.

I. Kantate zum Epiphaniastage: Sie werden aus Saba alle kommen. II. Kantate zum Himmelfahrtstage: Wer da glaubet und getauft wird. III. Kantate zum Pfingstage: O ewiges Feuer, o Ursprung der Liebe. IV. Kantate per ogni tempo (für jede Zeit): Ich hatte viel Bekümmernis.

Solisten:
Sopran: Fräulein Tilla Hill-Berlin.
Alt: Frau Professor M. Schmidt-Haym-Halle a. S.
Tenor: Herr Richard Fischer-Berlin.
Bass: Herr Hermann Weissenborn-Berlin.

Orgel: Herr Organist Henkel-Halle.
Orchester: Die Kapelle des Pflücker-Regiments General-Feldmarschall Graf Blumenthal (Magdeb.) No. 38

Billette zu 3.10, 1.55, 1.06 und 0.55 M., sowie Texte zu 10 Pf. in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch, Alte Promenade 1a. — Fernspr. 1199.

Nach **Griechenland, Sizilien, Italien, Orient.**

15 Tage für 300 Mark. Beginn 8. April auf neuem Ozeandampfer. Korfu, Athen, Konstantinopel, Jerusalem, Kairo, Venedig. 9.-30. Juli, 2.-23. Aug. 375 M. Prospekt, Dr. phil. Löbe, Charlottenburg, Wallstr. 42.

Neues Theater.

Mittwoch KLEINE PREISE. Familien-Abend (30, 45, 75, 110 Pf.).

Ein toller Einfalt.

Stadt-Theater

in Halle a. S. Bernulfi 1181.

Direkt: Geß. Hofrat H. Richards

Mittwoch, den 25. Januar nachmittags 3 1/2 Uhr: 7. Volks-Vorstellung zu kleinen Einheits-Preisen v. 60, 40 u. 25 Pf.

Am letzten Male: Mit neuer atemberaubender Ausstattung!

Dornröschen.

Waldmärchen-Kaschattunage Rombe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern nach dem berühmten Märchen bearbeitet v. C. L. Görner.

Aufführung 3 1/2 Uhr. Anf. 3 1/4 Uhr. Ende 5 1/4 Uhr.

Abende 7 1/2 Uhr: 120. Vorkellung im Abonnement. 1. Viertel.

Die relegierten Studenten.

Aufspiel in 4 Akten von Robertich Wendig.

Spieleitung: Oberregisseur Karl Schölling. Personen:

Konradine Gartensberg, eine reiche Erbin. Wanda Widen. Juchacz Stein, ihr Vormund. Alf. Fiebelich. Kronau, Kronauhändler u. Stadtrat. Georg Thiel. Ulrike, seine Frau. W. Brandom. Gebirg, seine Lechter. M. Schomke. Reinhold, f. Riese. Selim. Hund. Hirsbach, Viehhändler. Detonominerai und Schenkerbräuer. Kronau Schwarzkat. R. Schölling. Adelgunde, seine Frau. Effe Schöffler. Emma, seine Tochter. J. Zimmermann. Lammheim. Goldhornermeister. S. Stahlberg. Wieprecht. Wern. Eilenhänder. G. Rudolph. Hofmann Sindenend. Musiklehrer Dr. P. Synndall. Gültel. Richter Dr. E. Heibich. Ein Mädchen. Emmy Grotius. Nach dem 2. Akt längere Pause.

Aufführung 7 Uhr. Anf. 7 1/4 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Mittwoch, den 25. Januar 1911, abends 8 Uhr in der Marktkirche:

Martha

oder: Der Markt zu Wichmond. Romanzefomische Oper in vier Akten von Friedrich von Flotow. Sponel: Eugen Edward vom Neuen Stadttheater in Bochum als Gast auf uns.

Vor uns nach Schluß des Operates Aufführungen und belistater feiner Imbiß im Weinhaus Broskowski.

Aufführung 7 Uhr. Anf. 7 1/4 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Hedrich-Kontervatorium

Gutschustrasse 20.

Mit 1. Februar beginnt die Ausbildungs-kasse für Klavierpiel unter Leitung des Professor Telemague Lambrino.

Näheres über Aufnahme und Honorarbedingungen sind zu erfragen im Sekretariat des Konservatoriums.

Tulpe

Jeden Dienstag abend: Pichelsteiner Fleisch — 75

Jeden Mittwoch abend: Eisbein mit Meerrettich u. Kraut — 80

Jeden Donnerstag abend: Warmer Schinken mit Mayonnaissensalat 1,—

Spanische Weinhalle,

Talammstr. 6, am Hallmarkt. Täglich

Künstler-Frei-Konzert.

Feine spanische Rot- und Weissweine 1/4 Ltr. von 25 Pf. an empfohlen Bergada y Alfonso.

Zschoyges Hotel Wettiner Hof

Magdeburgerstrasse 5 — Telephon 1018.

Täglich Künstler-Konzerte

ausgeführt von dem Kapellmeister Padaguini.

Im Saal. Eintritt frei. Im Saal.

Obstweinschänke

a. d. Heide

Regelmässig Mittwoch Konzert. H. Riecke.

Gratisaustausch

geschäftlicher Neben aller Art für Abonnenten. Keine Provision, nur direkte Vermittlung. Beste Erfolgschance. Man verlange Prospekt.

H. Winter, Frankfurt a. M. 25, 17289 Humboldtstr. 92 p.

Plankuchen-Bäckerei

empfehle ich

7. feinfeliger Plankuchenmus 1 Pfd. 30 Pf.
gem. Marmelade 1 Pfd. 40 Pf.
7. Aprikosen- u. Erdbeerkonfitüre, ausgewogen 1 Pfd. 70 Pf.
Hamburger Schmalz allerbestes 1 Pfd. 75 Pf.

A. Trautwein, Gr. Ulrichstr. 31, Fernsprecher 1421. Mittl. b. Rad. Schar-Veretins.

Bienen-Honig,

gar. rein, empfiehlt in Dosen von netto 3 über 9 Pfund zu 5.40 resp. 9 Pf. fr. Nachnahme inkl. Post.

Zuferei Emil Viech, Deitum in Braunschweig. „Seine Rucherkunst des ersten Bienenhonigs“ (Sitz) bezeichnet Gummiband für Strumpfbänder taugt man bei H. Schnee Nachl., Gr. Steinstr. 64.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.

Ein Erfolg ohne Gleichen!

Täglich volle Häuser! Seifenschaum! Zum 1. Male in Europa! 8 Männer, 2 Frauen.

Chinesische Baubere, Feuerkünstler, Gauklertruppen etc. in prachtvollen Originalkostümen mit Gold- und Seidenstickereien.

Bomben-Lachterfolg von Haskel

in der tollen Burlesque: „Die Venus von Milo“.

Das einzigartige Klavierbaars Schuff-Delina

Som Jubiläum abendlich

Stürmisch bejubelt!!

6 Reckets. Very.

Ein Programm, wie es besser nicht geboten werden kann!

Café National.

Heute Dienstag abend

Grosses Künstler-Konzert.

Am Mittwoch, den 25. Januar, eröffnen wir den II. Kursus unseres Unterrichts im Hotel Kaiser Wilhelm, Beruburgerstrasse. Gefl. Anmeldungen erbiten wir in unserer Wohnung in der Zeit von 11-4 Uhr.

F. Rocco, E. Rocco, Universität-Tanzlehrer, Reilstr. 15.

Obstweinschenke Büschdorf.

Jeden Mittwoch, nachmittags 6 bis 8 Uhr. Es ladet ererbent ein P. Probst.

Grosses Künstler-Konzert.

Am Mittwoch, den 25. Januar, eröffnen wir den II. Kursus unseres Unterrichts im Hotel Kaiser Wilhelm, Beruburgerstrasse. Gefl. Anmeldungen erbiten wir in unserer Wohnung in der Zeit von 11-4 Uhr.

F. Rocco, E. Rocco, Universität-Tanzlehrer, Reilstr. 15.

Leichner's Fettpuder

oder Leichner's Hormelinpuder M. 3 u. 1.50 Aspasiapuder M. 4

deren sich die höchsten Damenkreise und die ersten Künstlerinnen mit Vorliebe bedienen. Man steht nicht, dass man gepudert ist.

Man verlange stets Leichner'sche Puder. Erhältlich nur in geschlossenen Dosen in allen Parfümerien u. in der Fabrik L. Leichner, Egl. Theater Schützenstrasse 31

Weltausstellung Mailand 1906. Grand Prix

Ananas-Reinetten

andere gute Sorten und Ware in Rissen verpackt liefert auch in kleineren Quantitäten franco gegen Nachnahme

O. Kahle's Obstgärtnerei, Dorotheenstr. 6, Bornbura, Halle.

Die Zuskunfti

Boyrich & Greve, Halle a/S. Große Ulrichstr. 49 (Telefon 214) erteilt freit. u. Samstag Besuche und im Hof nimmt die Abonnementsbestell. haben fortwährende Gültigkeit.

Ein Mitgliedsbeitrag wird nicht erhoben.